



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 17. März 2006

DU-Waffen: Gefahren untersuchen – Einsatz bannen

Anlässlich des dritten Jahrestages des Kriegsbeginns im Irak am 20. März weist die **Internationale Koalition gegen Uranwaffen (ICBUW)**, Deutsche Sektion auf die enormen Gefahren hin, die weiterhin von den im jüngsten sowie im vorangegangenen Golfkrieg eingesetzten Waffensystemen ausgehen, die angereichertes Uran (DU) enthalten:

Viele Zivilisten und Militärs, die einer DU-Explosion im Golfgebiet ausgesetzt waren, leiden heute an Gesundheitsproblemen, wie Lungen- und Nierenschäden oder Krebs. DU-Staub, der in der Nähe eines von einem DU-Geschoss getroffenen Zieles verbleibt, bedeutet aufgrund seiner chemotoxischen und radiologischen Wirkung ein erhebliches Gesundheitsrisiko, wenn er eingeatmet oder verschluckt wird. Dennoch weigern sich Amerikaner und Briten bislang, betroffene Gebiete im Irak auszuweisen, weitere notwendige Langzeitstudien über die Risiken zu erstellen und Opfer zu entschädigen. Damit setzen sie nicht nur unzählige Zivilisten enormen Risiken aus, sondern missachten auch Grundsätze des Völkerrechts, wie das Verbot unterschiedsloser oder die Umwelt schwer belastender Kriegführung sowie das Gebot der Verhältnismäßigkeit und der Beachtung des „precautionary principle“.

An den grundsätzlichen Gefahren von DU-Munition, die aufgrund ihrer enormen Dichte als panzerbrechende Waffe eingesetzt wird, besteht kein Zweifel. Das sogenannte Golfkriegs-Syndrom, das in einer Entscheidung des Londoner Kriegspensionsgerichts vom November 2005 als Krankheitsbild anerkannt worden ist, wird mit angereichertem Uran in Verbindung gebracht. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) betont in einer 2001 veröffentlichten Studie zu DU-Waffen, dass weitere Forschung notwendig sei, um die gesundheitlichen Risiken zu beurteilen.

Vor diesem Hintergrund fordert ICBUW die USA und Großbritannien auf, die kontaminierten Gebiete auszuweisen und zu entgiften sowie eine fundierte Gesundheitsstudie von geschädigten Personen und Gebieten zu erarbeiten. Gestützt auf die vom Europäischen Parlament erhobene Forderung nach einem DU-Moratorium sollten die Mitgliedstaaten der EU unabhängige Untersuchungen rückhaltlos unterstützen und eigene Studien darüber erstellen, welche möglichen lang andauernden Risiken für Gesundheit und Umwelt der Einsatz von Waffen mit angereichertem Uran darstellt.

Darüber hinaus müssen Opfer medizinisch versorgt und entschädigt werden. Um weiteren Einsätzen von DU-Waffen und der damit einhergehenden Missachtung des Völkergewohnheitsrechts vorzubeugen, ruft **ICBUW** die Internationale Gemeinschaft auf, uranhaltige Waffen mit einem eigenständigen Vertragstext zu bannen.

Rückfragen bitte an:
ICBUW, Deutschland
Prof. Dr. Manfred Mohr, Tel.: 0173-5768410

mohrm@gmx.net